

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der Illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 37/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a 6 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitione oder deren Raum 15 Pfennige, für Veranmeldungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 213.

Freitag, den 11. September 1896.

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Die Fortschritte der internationalen Sozialdemokratie

sind so offenkundig, daß kaum noch jemand sich finden dürfte, der sie zu leugnen wagte. Und wer sie dennoch leugnet, thut dies gegen seine Ueberzeugung in der Absicht, die sozialdemokratische Bewegung zu verkleinern. Wir wissen, daß eine offene Anerkennung der Thatsache von gegnerischer Seite selten ist; aber je seltener sie ist, um so größeren Werth an sich und um so mehr die Wirkung eines ermutigenden Sporns, haben die gelegentlich doch auftauchenden Anerkennungen. Während die gesammte bürgerliche Tagespresse die Fortschritte der Sozialdemokratie leugnet, finden dieselben eine von Einsicht und Ehrlichkeit zeugende Würdigung in der konservativen Wochenchrift „Die Grenzboten“. Derartige Stimmen sind um so bedeutungsvoller, als man ihnen irgend welche Vorurtheile für die Sozialdemokratie niemals wird vorwerfen können.

„Die Grenzboten“ finden es selbstverständlich, daß heutzutage die Lohnarbeiter sich allenthalben der Sozialdemokratie anschließen, weil sie dadurch im Bereiche der Civilisation eine Stellung erkämpfen, welche ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entspricht. Ebenso selbstverständlich ist es für den Kritikerschreiber, daß die Bedeutung dieser Stellung in dem Grade zunimmt, als die Zahl der Lohnarbeiter wächst, und die ländliche Arbeiterschaft durch die fortschreitende technisch-wirtschaftliche Revolution von den patriarchalischen Verhältnissen des Junkerthums losgerissen wird.

Un sich ist dies für uns nichts Neues. Aber neu ist diese Erkenntnis im Munde einer gegnerischen Zeitschrift. „Die Grenzboten“ lassen alsdann die letzten Ereignisse, namentlich die für unsere Partei so erfolgreiche Wahl in Halle, Revue passieren, um ihren Lesern ihre Entdeckung plausibel zu machen:

„Der über die Massen glänzende Wahlsieg der Sozialdemokraten beweist, daß die deutsche Sozialdemokratie das Maß ihrer Expansionskraft noch nicht erreicht hat. — Aus Rußland kommen Nachrichten über großartige Ausstände, die weniger auf unmittelbare Ziele gerichtet, als von der sozialdemokratischen Zeitung angestellte Kraftproben zu sein scheinen. — In Frankreich fahren die Sozialisten auch nach dem Sturze des ihnen geeigneten Ministeriums Bourgeois fort, eine ausschlaggebende Rolle zu spielen. Zunächst haben sie wieder einmal die bürgerlichen Parteien gezwungen, den Nachweis ihrer Nichtbefähigung zu bringen. Nachdem sich die Kammer unter Bourgeois von den Sozialisten hatte verdrängen lassen, daß sie die Ungerechtigkeit des bestehenden Steuersystems anerkannt und sich „im Prinzip“ für die progressive Einkommensteuer entschieden hatte, blieb auch Herrn Meline nichts übrig, als einen Steuerreformplan vorzulegen, der so . . . ungenügend er auch sein mochte, doch bei keiner Partei so ehrliebe Unterstützung fand, als bei den Sozialdemokraten. So mußte sich Meline, der ausdrücklich zur Abwendung der sozialdemokratischen Gefahr berufen war und der die Sozialisten aufrichtig und von ganzem Herzen haßt, die Bundesgenossenschaft des Herrn Jaures gefallen lassen, und es war recht überflüssig, daß er die Lächerlichkeit seiner Lage auch noch geffentlich hervorhob, indem er einmal bemerkte, Herr Jaures umarme ihn nur so liebenswürdig, um ihn zu erwürgen. Das Ende vom Biede war, daß die Kammer dachte: kommt Zeit, kommt Rath, und den Reformplan bis in den Herbst verschob. Der französische „Bourgeois“, und vielleicht nicht bloß der französische, steckt eben so tief in kleinlicher Selbstsucht, daß er sich aus freien Stücken auch nicht zu dem kleinsten Opfer zu entschließen vermag, das geeignet wäre, einer revolutionären Volkspartei den Wiew aus den Segeln zu nehmen, und es fehlt ihm der Druck, den im monarchischen Staat ein von der Kammermehrheit unabhängiger Minister auszuüben vermag. Uebrigens werden bei der Auseinandersetzung mit den Sozialisten in der französischen Deputirtenkammer Neben gehalten, die, wie eine von Deschanel über die Karl Marx'sche Werththeorie, auf der Höhe guter akademischer Vorträge liegen.“

Stände von Anfang an den natürlichen Interessengegensatz zwischen Unternehmer und Lohnarbeiter erkannt und daher durch die Verfassung die ärmeren Klassen vom Wahlrecht ausgeschlossen. Diese Ausschließung hat sich nun aber zuguterletzt nicht mehr aufrecht erhalten lassen, und jetzt, wo die Arbeiter das allgemeine, wenn auch nicht das gleiche Wahlrecht haben, offenbart die liberale Phrase des konstitutionellen Musterstaates ihre Hohlheit. Diese Phrase nannte das Volk den Träger der gesetzgebenden Gewalt, meinte aber die Besitzenden, und nun, wo das Volk wirkliche politische Rechte errungen hat, verschwindet die Klasse, die fünfzig Jahre lang die Rolle des Volkes gespielt hatte, vom politischen Schauplatz. Die liberale Hälfte dieses Elitenvolkes ist, als politische Partei vernichtet, die liberale behauptet sich noch durch den Einfluß des Klerus auf die gläubig gebliebene Hälfte der Massen, aber nur mit Hilfe eines christlich-sozialen Flügels der Partei.

„Ganz ähnlich haben sich die Dinge in Oesterreich entwickelt, nur mit dem Unterschiede, daß dieser Staat immer noch mehr Agrov als Industriestaat ist, und daß daher die Zahl der Sozialisten vorläufig verhältnismäßig weit hinter der der belgischen Genossen zurückbleiben muß. Auch in Oesterreich behauptet sich der liberale Flügel der Besitzenden, indem er sich einerseits auf eine zahlreiche wohlhabende Bauernschaft stützen kann und andererseits auf eine zahlreiche städtische Bevölkerung von mittleren und kleinen Gewerbetreibenden, die im Kunstwesen und in der Ausmerzung des Judenthums aus dem Erwerbsleben die Mittel zur Wiedergeburt der Völker gefunden zu haben glauben. Dagegen sieht sich die Partei des mobilen Kapitals und der Großindustrie selbst schon durch dies äußerst bescheidene Stückchen Wahlrecht, das sie den Arbeitern zu bewilligen gezwungen worden ist, mit der Vernichtung bedroht und es wird ihr wenig helfen, daß sie, dem österreichischen „immer langsam voran“ getreu, den Namen der liberalen Partei mit dem der Fortschrittspartei vertauscht, dreißig Jahre nachdem in Preußen der Beweis geführt worden ist, daß eine Fortschrittspartei alles andere eher fertig bringt, als das Fortschreiten.“

Der Mann, der das geschrieben hat, ist einer der wenigen, die ihre Augen vortheilfrei offen halten und sich nicht scheuen, den Siegeslauf der Sozialdemokratie zuzugestehen. Und der Kongreß in London ist ein weiterer Markstein auf der Entwicklungsbahn des internationalen Sozialismus gewesen. Jede Arbeiterbrust hebt sich bei der Sichtung so elementarer Erfolge. Spöttelnd konnte jüngst das Kopfblatt der „Staatsbürger-Zeitung“ gegen uns den Vorwurf erheben: „Wir gebärdeten uns, als ob wir schon mitten im Zukunftsstaate steckten.“

Im Zukunftsstaate stecken wir noch nicht — aber mit Riesenschritten naht die Zeit heran, in welcher im natürlichen Laufe sozialer Entwicklung das bestehende Gesellschaftssystem in Folge des Ruins und der Krisen, die es erzeugt, einerseits, und seiner aufbauenden, in Trübs und kapitalistischen Kombinationen verführten Tendenzen andererseits seinen eigenen Sturz bereitet haben wird. Und dies sollte unsere Brust nicht schwellen lassen? Wer wollte unter diesem Zeichen sich nicht zusammenscharen unter dem Banner der sozialistischen Arbeiterschaft — einer Körperschaft, die sich ihrer Rechte bewußt und fest entschlossen ist, diese Rechte durch Besignahme der öffentlichen Macht zu erobern, so daß wir unter den gewiß schwereren Umständen des gegenwärtigen Klassenkampfes, vereinigt durch einen unerschütterlichen Geist der Solidarität, diesem barbarischen Kampfe ein summarisches Ende bereiten durch Abschaffung der Klassen, dadurch, daß wir das Land und alle Produktions-, Transport- und Distributionsmittel dem Volke als Gesamtheit wiedergeben durch Substituierung des kooperativen Gemeinwesens an Stelle der gegenwärtigen planlosen Produktion, des industriellen Kampfes und der sozialen Unordnung — eines Gemeinwesens, in dem jeder Arbeiter die freie Selbstbestimmung und den vollen Ertrag seiner Fähigkeiten, vermehrt durch alle modernen Faktoren der Zivilisation, genießt!

## Politische Mundschau.

Deutschland.

Ueber den Antrag Ranitz und die Stellung der Nationalliberalen äußerte sich der Reichstagsabgeordnete

im Gegensatz zu den neulichen Ausführungen der „Nat.-Zeitung“:

Der Antrag sei eine ephemere Erscheinung, welche vergehen werde und mit ihr Herr v. Blöy und seine Anhänger. Wegen einer solchen ephemeren Erscheinung dürfe man keine Trennung der Partei vornehmen. Bei Sezessionen habe der Liberalismus bis jetzt sehr schlechte Geschäfte gemacht, und habe er gerade durch sie seinen Einfluß verloren. — Dann machte Herr Bassermann seine Zuhörer vor der Macht des Zentrums grufeln. Angesichts des Anwachsens der Stärke und des Einflusses des Zentrums müssen in weiten liberalen Kreisen Bedenken und Sorgen darüber aufsteigen, „ob uns nicht ernste Kämpfe bevorstehen um die Freiheit der Schule, der Forschung und Wissenschaft.“

In diesen Kämpfen sind die Nationalliberalen just die

Rechten! **Wahlrecht und Armenunterstützung.** Nachdem der deutsche Verein für Armenpflege bei rund 200 Stadt- und Landgemeinden eine Umfrage veranstaltet hatte über die in den verschiedenen Landestheilen bezw. Städten bestehenden Gesetze und Praxis hinsichtlich Entziehung des Wahlrechts bei öffentlicher Armenunterstützung, hat die vom Verein eingesetzte Kommission auf Grund eingehender Berichte der Herren Landrichter Dr. Alschrott-Berlin, Stadtrath Dr. Flesch-Frankfurt und Dr. Berthold-Berlin beschlossen, dem in diesem Monat in Straßburg tagendem Kongreß die Annahme folgender Leitätze zu empfehlen:

„Der Erlaß eines Reichsgesetzes ist erwünscht, das die Bestimmungen in § 3, 3 des Reichstagswahlgesetzes vom 31. Mai 1869 wie folgt klarstellt: 1) Für den Verlust des Wahlrechts kommt nur diejenige Armenunterstützung in Betracht, die dem Unterstützten selbst oder einem alimentationsberechtigten Familienmitgliede desselben gewährt ist. 2) Die einem solchen Familienmitgliede gewährte Unterstützung wird jedoch dem Familienhaupte dann nicht angerechnet: a. wenn das Familienmitglied sich bereits in wirtschaftlich selbstständiger Stellung außerhalb des Familienhaushalts befindet; b. wenn das Familienmitglied sich in Folge von Siechthum oder Gebrechen in voraussichtlich dauernder Verpflegung befindet; c. wenn die Unterstützung zu Erziehungszwecken gewährt wird. 3) Für den Verlust des Wahlrechts kommen diejenigen Unterstützungen nicht in Betracht, welche dem Unterstützten oder seinen Angehörigen, soweit sie nicht der gesetzlichen Krankenpflege unterliegen, in Form freier ärztlicher Behandlung, freier Verabreichung von Arznei und Heilmitteln oder der Aufnahme in eine Krankenanstalt gewährt werden, falls die Natur der Krankheit diese Aufnahme bedingt. 4) Der Verlust des Wahlrechts tritt dann nicht ein, wenn die gewährte Unterstützung vor Ausschreibung der Wahl zurückgezahlt ist.“

Diese Vorschläge sind nur ein Halbbeft. Es ist der gänzliche Wegfall der betreffenden Bestimmungen des Reichswahlgesetzes zu fordern. Wie will man es rechtfertigen, den Unglücklichen dafür, daß er auf Armenunterstützung angewiesen ist, durch Verlust seines Wahlrechtes zu strafen, ihn mit dem der bürgerlichen Ehrenrechte für verlustig erklärten Verbrecher auf eine Stufe zu stellen?!

Daß allzu großer Eifer schadet, zu dieser Erkenntniß sind die Anarchisten jücher bezw. deren Vorgesetzte in einem Einzelfalle endlich gekommen. Die Untersuchung gegen die „Anarchisten“ Koshemann und Genossen wegen angeblicher Absendung einer Hölleuhr an den Polizeiobersten Krause scheint völlig ergebnislos im Sande zu verlaufen. Alle Personen, die in den letzten Wochen verhaftet worden sind, mußten bis auf eine wieder in Freiheit gesetzt werden, da sich kein Anhaltspunkt für eine Anklage fand. Die eine Person, die sich noch in Haft befindet, dürfte in der nächsten Zeit entlassen werden, da das Vergehen, dessen man sie zeugt, nur das zuständige Amtsgericht beschäftigen wird. Troßdem oder eben deswegen dürfte die Untersuchung doch vielleicht nicht ohne Folgen bleiben. Wie die „Welt am Montag“ erfährt, hat die zukünftige oberste Behörde gerade aus dem Verlaufe dieser Untersuchung die Ueberzeugung gewonnen, daß der übertriebene Eifer mancher niederen Polizeibeamten









